

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

141. Sitzung Donnerstag, 29. Oktober 2015, 9:30 Uhr

TOP 2

Aktuelle Debatte

**Umsetzung des Asylkompromisses –
Landesregierung muss nun endlich handeln**

Rede von

Guido Wolf MdL

Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Guido Wolf, CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auf den heutigen Tag genau sind fünf Wochen vergangen, seit die CDU/SPD-Bundesregierung beim Asylgipfel in Berlin wichtige Weichenstellungen vorgenommen hat. Ich will für meine Partei noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen: Die CDU will Zuwanderung begrenzen. „Wir sorgen für geordnete Verhältnisse“ – das ist ein Zitat von Angela Merkel –, wir dämmen Flüchtlingsströme ein. Wir beschleunigen Verfahren, und wir nehmen ganz Europa in die Pflicht.

Seit Samstag sind die beschlossenen Änderungen in Kraft. Seit Samstag, Herr Ministerpräsident, stehen nun auch Sie in der Pflicht, diese Verschärfungen umzusetzen.

Nun gab es, während Sie mit der halben Landesregierung in China weilten, durchaus einen Hoffnungsschimmer aus der Landesregierung. Herr Innenminister, Sie haben ein Abschiebemanagement angekündigt. Wir unterstützen das ausdrücklich, auch wenn die grüne Jugend gegen diese Form eines strukturierten Abschiebemanagements sofort Rabatz angekündigt hat.

Wir messen Sie aber natürlich an Ihren Taten. Bis heute 80 mickrige Abschiebehaftplätze eingerichtet zu haben bei über 5 000 Menschen, die sofort abgeschoben werden müssten, das ist zu kurz gesprungen. Da müssen weitere konsequente Schritte erfolgen.

Meine Damen und Herren, wenn den Bildern von Tausenden, die täglich in unser Land kommen, nur Meldungen gegenüberstehen, dass Einzelne wieder gehen, dann ist das eine Entwicklung, die unsere Gesellschaft auf Sicht überfordert. Da wollen wir gegensteuern, und das erwarten wir auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident.

Aber die Grünen haben ein Abschiebeprobem.

Das traut den Grünen niemand zu. Denn die Grünen sind es, die jahrelang für unkontrollierte Zuwanderung standen und die heute vielfach an der völlig verfehlten Einwanderungspolitik ohne Regeln festhalten. Die Grünen stehen für Rabatz bei Abschiebungen. Die Grünen stehen dafür, dass das Boot nie voll ist. Deshalb vertrauen Ihnen die Menschen in dieser Frage auch nicht, Herr Ministerpräsident.

Während Sie die grüne Jugend abkanzeln, gestatten Sie es Ihrer Staatsrätin, Leitfäden mit einer Willkommenskultur in die Welt zu setzen, die das eigene Handeln infrage stellen, die sich gegen rechtsstaatliches Handeln richten. Diese Broschüre gehört zurückgenommen; sie gehört eingezogen, Herr Ministerpräsident. Sie ist das falsche Signal in dieser Situation.

Es war bemerkenswert, dass die zuständige Ministerin in der gestrigen Regierungsbefragung auf die Frage nach der täglichen Erstaufnahmekapazität im Land keine Antwort geben konnte. Diese Regierung ist nicht in der Lage, darzustellen, wie groß die Erstaufnahmekapazität im Land ist, Herr Ministerpräsident.

Das ist das Organisationsversagen, von dem Salomon in Freiburg spricht. Daran müssen Sie arbeiten. Das müssen Sie abstellen. Geordnete Verhältnisse, so wie sie die Kanzlerin angekündigt hat, das wollen wir von Ihnen sehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Berlin dem Paket der Großen Koalition zugestimmt, haben sich im Landtag von Baden-Württemberg für diesen großen, staatstragenden Konsens feiern lassen. Bis zum heutigen Tag ist es Ihnen nicht gelungen, das, was dort geregelt worden ist, annähernd in die Tat umzusetzen.

Bis zum heutigen Tag weigern Sie sich aus Gründen des Verwaltungsaufwands, Geldleistungen in Sachleistungen umzuwidmen. Sie geben in Berlin den Kanzlerverstehern und sind in Baden-Württemberg der grüne Ideologe. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Herr Ministerpräsident.

Offen gesagt entwickeln Sie bei der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen eine Leidenschaft für Entbürokratisierung. Ich würde mir wünschen, dass Sie und Ihre Landesregierung diese Leidenschaft für Entbürokratisierung dort finden, wo es darum geht, den Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg anzukurbeln, unsinnige Vorschriften aus der Landesbauordnung herauszunehmen. Da wäre Entbürokratisierung gefragt, nicht aber beim konsequenten Umstieg von Geld- auf Sachleistungen.

Herr Ministerpräsident, dieses Paket aus Berlin muss in Baden-Württemberg mit Leben erfüllt werden, und da sind Sie in der Pflicht. Verfahrensbeschleunigung, Umstieg von Geld- auf Sachleistungen, Zusammenführung von Zuständigkeiten, damit die Verwaltungsabläufe schneller sind. Deshalb sage ich für die CDU-Fraktion: Es geht darum, die Kommunen zu entlasten, indem Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten in den Erstaufnahmestellen verbleiben. Wir würden die Residenzpflicht für Flüchtlinge wieder einführen, um sie deutlich zu beschleunigen.

Wir würden das BAMF im Land mit eigenem Personal erheblich verstärken. Wir würden abgelehnte Asylbewerber zügig und unangekündigt abschieben und dafür jede Unterstützung annehmen. Wir würden den Bund bei allen Maßnahmen unterstützen, die Zuwanderung in Transitzone begrenzen, Geld statt Sachleistungen und Begrenzung des Familiennachzugs. Herr Ministerpräsident, da warten wir auf konsequentes Handeln der Landesregierung.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Es ist eine fatale Botschaft, die Sie bei der Hauptversammlung des Gemeindetags unter die Menschen gebracht haben, indem Sie dort ausdrücklich den Kommunen aus Sicht der Landesregierung und des Ministerpräsidenten die Kommunikation und die Kooperation auf Augenhöhe abgesprochen haben.

Das war ein Schlag ins Gesicht der Kommunen, die wir in dieser Zeit mehr denn je brauchen, um die große Herausforderung der Unterbringung von Asylbewerbern in Baden-Württemberg überhaupt meistern zu können. Das wäre ein Signal an die Kommunen, wozu wir Sie auffordern.

2. Runde

Abg. Guido Wolf, CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Spannung, liebe Kollegin Aras, die sich bei Ihnen breitmacht, freut mich. Auch diese Debatte zeigt, dass es durchaus sinnvoll ist, noch mal genau hinzuschauen. Frau Ministerin, es war ein bisschen bemerkenswert, dass Sie sich hier als Fachfrau für Übersprunghandlungen ausgeben.

Um ehrlich zu sein, bei Ihren Reden in diesem ohen Haus ist der Funke noch zu keinem Zeitpunkt übergesprungen.

Man spürt auch, dass das Integrationsministerium innerhalb der Landesregierung nicht wirklich das Herzstück ist, bei dem es darum geht, Antworten auf diese großen Herausforderungen zu finden.

Fünf Wochen nach dem Asylkompromiss hätte ich mir heute eine andere, eine konkretere Antwort auf die Frage der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen erwartet.

Das, was wir heute gehört haben, Herr Ministerpräsident, waren Ihre Worte bereits vor fünf Wochen. – Nichts passiert, so viel zum Thema „Umsetzung des Asylkompromisses“.

Lieber Kollege Lede Abal, Residenzpflicht: Wir wollen mal genau hinschauen, was da passiert ist. Im ersten Asylkompromiss wurde die Residenzpflicht auf die ersten drei Monate – vorher sechs Monate – nur für die Landeserstaufnahmeeinrichtungen zusammengestrichen. Es war Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der sich für die Abschaffung der Residenzpflicht stark gemacht hat und weitere Erleichterungen eingefordert hat.

Ihrem Beifall entnehme ich, dass Sie sich Maßnahmen zur wirksamen Beschleunigung von Asylverfahren nach wie vor in den Weg stellen und das kritisieren wir, meine sehr verehrte Damen und Herren.

Liebe Kollege Schmiedel, ich lasse mir natürlich gerne den Unterschied zwischen Abschiebemanagement und Rückführungsmanagement erklären. Aber ich bin schon stutzig geworden bei Ihrer Aussage, dass es hirnrissig sei, davon auszugehen, dass Abschiebungen das Problem lösen. – Dass Abschiebungen das Problem allein nicht lösen, da bin ich mit Ihnen einig.

Aber so zu tun, als ob man darauf ganz verzichten könne, weil das nicht das Problem sei, ist wirklich die falsche Botschaft, lieber Kollege Schmiedel.

Ich wiederhole mich, es mehren sich die Bilder Tausender, die zu uns kommen. Ihnen stehen Einzelne gegenüber, die in ihre Heimat zurückgehen. Das ist eine Entwicklung, die eine Bevölkerung auf Dauer überfordert. Wir müssen klare Signale in die Herkunftsländer aussenden: Wer sich zu Unrecht auf Asyl oder die Genfer Flüchtlingskonvention beruft, muss mit konsequenter Rückführung in die Heimat rechnen. Auch das sind Signale des Stopps.

Wenn wir uns den Familiennachzug anschauen, meine Damen und Herren, muss es auch da um eine differenzierte Diskussion gehen. Es darf keinen Nachzug in Perspektivlosigkeit, keinen Nachzug in die Sozialsysteme, keinen Nachzug in die Obdachlosigkeit geben. Auch das sind Botschaften, die jetzt in die Welt hinaus gesendet werden müssen.